



Amtliche Bekanntmachungen der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg

53/2019 (30. Juli 2019)

Dritte Satzung zur Änderung der gemeinsamen Satzung der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg und der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg für das Verfahren zur Äquivalenzfeststellung von beruflichen Qualifikationen im Bachelorstudiengang Frühkindliche Bildung und Erziehung

vom 30.07.2019

Aufgrund von § 32 Abs. 4 des Landeshochschulgesetzes (LHG) vom 1. Januar 2005 (GBl. S. 1) in der aktuellen Fassung, § 11 Abs. 6 der Allgemeinen Bestimmungen zu Studien- und Prüfungsordnungen für die Bachelorstudiengänge (Rahmenordnung) und § 12 der Studien- und Prüfungsordnung für den Bachelorstudiengang Frühkindliche Bildung und Erziehung haben der Senat der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg am 18.07.2019 und der Senat der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg am 10.07.2019 nachstehende Satzung zur Änderung für das Verfahren zur Äquivalenzfeststellung von beruflichen Qualifikationen für den Bachelorstudiengang Frühkindliche Bildung und Erziehung beschlossen.

Artikel 1

Die gemeinsame Satzung der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg und der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg für das Verfahren zur Äquivalenzfeststellung von beruflichen Qualifikationen im Bachelorstudiengang Frühkindliche Bildung und Erziehung vom 22. Februar 2018 wird wie folgt geändert:

1. In § 2 „Zuständigkeiten im Verfahren der Äquivalenzfeststellung“ wird in Abs. 3 Satz 1 gestrichen. Folgender neuer Satz 1 wird eingefügt: „Der Termin für die Abgabe der schriftlichen Ausarbeitung zur Äquivalenzfeststellung wird auf den 10. Juli eines jeden Jahres festgelegt.“ In Satz 3 wird das Wort „unverzüglich“ gestrichen und dafür „bis spätestens 1. August eines jeden Jahres“ eingefügt.
2. In § 3 „Mitglieder der Kommission zur Äquivalenzfeststellung“ wird der bisherige Abs. 2 gestrichen. Er wird ersetzt durch: „In der Regel besteht die Kommission aus jeweils einer/einem Vertreter*in der jeweiligen Anrechnungsmodule / Fachbereiche der in der Äquivalenzfeststellung anrechenbaren Module“.
3. In § 5 „Antrag auf Äquivalenzfeststellung, Unterlagen zur Äquivalenzfeststellung, Fristen“ erhält Absatz 1 folgenden

neuen Wortlaut: „Die/der Bewerber*in gibt für die Äquivalenzfeststellung nach § 12 Abs. 1 der gemeinsamen Studien- und Prüfungsordnung zusammen mit dem Antrag auf Anrechnung den entsprechenden Antrag ab. Abs. 2 wird gestrichen. Beim nachfolgenden Absatz ändert sich die Nummerierung entsprechend.“

4. In § 7 „Gespräch zur Äquivalenzfeststellung, Ergebnisse nach § 12 Abs. 1 der gemeinsamen Studien- und Prüfungsordnung“ wird in der Überschrift das Wort „Gespräch“ gestrichen und stattdessen „Schriftliche Ausarbeitung“ eingefügt. Außerdem werden die Absätze 1 und 2 gestrichen und wie folgt (siehe unten) ersetzt. Es wird ein neuer Abs. 3 hinzugefügt. Der bisherige Absatz 3 wird zu Absatz 4.
5. In § 8 „Versäumnis, Rücktritt, Täuschung“ erhält Abs. 1 den folgenden Wortlaut: „Die beruflichen Qualifikationen gelten als nicht äquivalent zu den Studienleistungen, wenn die/der Bewerber*in die Abgabe der schriftlichen Ausarbeitung nach § 7 dieser Ordnung ohne triftigen Grund versäumt. In Abs. 3 wird „im Gesprächsprotokoll“ gestrichen und durch „in einer kurzen schriftlichen Stellungnahme“ ersetzt.“

§ 2 Zuständigkeiten im Verfahren der Äquivalenzfeststellung

(3) Der Termin für die Abgabe der schriftlichen Ausarbeitung zur Äquivalenzfeststellung wird auf den 10. Juli eines jeden Jahres festgelegt. Die Entscheidung, ob die Äquivalenz vorliegt oder nicht, treffen die Kommissionsmitglieder auf der Grundlage des § 6 dieser Ordnung. Die Kommissionsmitglieder teilen das Ergebnis der Äquivalenzfeststellung bis spätestens 1. August eines jeden Jahres dem zuständigen Prüfungsamt mit.

§ 3 Mitglieder der Kommission zur Äquivalenzfeststellung

(2) In der Regel besteht die Kommission aus jeweils einer/einem Vertreter*in der jeweiligen Anrechnungsmodule / Fachbereiche der in der Äquivalenzfeststellung anrechenbaren Module.

§ 5 Antrag auf Äquivalenzfeststellung, Unterlagen zur Äquivalenzfeststellung, Fristen

- (1) Der Bewerber gibt für die Äquivalenzfeststellung nach § 12 Abs. 1 der gemeinsamen Studien- und Prüfungsordnung zusammen mit dem Antrag auf Anrechnung den entsprechenden Antrag ab.

§ 7 Schriftliche Ausarbeitung zur Äquivalenzfeststellung, Ergebnisse nach § 12 Abs. 1 der gemeinsamen Studien- und Prüfungsordnung

- (1) Die/Der Bewerber*in gibt bis zum 10. Juli eines jeden Jahres eine schriftliche Ausarbeitung zu einer Aufgabenstellung in einem Themenbereich aus § 7 (2) im akademischen Prüfungsamt der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg ab. Eine spätere Abgabe ist nicht möglich.
- (2) Die schriftliche Ausarbeitung besteht aus zwei Teilaufgaben, die der/dem Bewerber*in bis Ende Mai eines jeden Jahres mitgeteilt werden und sich auf der Grundlage des Modulhandbuches des Bachelorstudiengangs Frühkindliche Bildung und Erziehung auf jeweils einen der folgenden Themenbereiche beziehen:
 - Aufgabe 1 im Umfang von 10 Seiten:
 - Umgang mit Vielfalt + Sprache und Kommunikation ODER
 - Umgang mit Vielfalt + Welt erkunden, verstehen und gestalten ODER
 - Umgang mit Vielfalt + Mathematik und mathematische Denkentwicklung ODER
 - Umgang mit Vielfalt + Religion (ev./kath./isl.) /Ethik
 - Aufgabe 2 im Umfang von 2 Seiten:
 - Praxisreflexion zu Musik/Tanz ODER
 - Praxisreflexion zu Kunst/Theater ODER
 - Praxisreflexion zu Bewegung ODER
 - Praxisreflexion zu Medienpädagogik
- (3) Die schriftliche Ausarbeitung wird der Kommission zur Äquivalenzfeststellung vom akademischen Prüfungsamt der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg zugestellt. Jeweils ein Mitglied der Kommission korrigiert die schriftliche Ausarbeitung und teilt dem jeweils zuständigen Prüfungsamt das Ergebnis bis spätestens 1. August eines jeden Jahres mit.

§ 8 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung

- (1) Die beruflichen Qualifikationen gelten als nicht äquivalent zu den Studienleistungen, wenn die/der Bewerber*in die Abgabe der schriftlichen Ausarbeitung nach § 7 dieser Ordnung ohne triftigen Grund versäumt.
- (2) Der für das Versäumnis geltend gemachte Grund muss dem akademischen Prüfungsamt unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit des Bewerbers bzw. eines von ihm allein zu versorgenden Kindes oder pfl-

gebedürftigen Angehörigen kann die Vorlage eines ärztlichen Attestes verlangt werden. Der Leiter des akademischen Prüfungsamts entscheidet über die Anerkennung des Grundes und ernennt einen neuen Termin an.

- (3) Versucht der Bewerber, das Ergebnis der Äquivalenzfeststellung durch Täuschung oder durch Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, wird dies in einer kurzen schriftlichen Stellungnahme von den Kommissionsmitgliedern festgehalten. Der Leiter des akademischen Prüfungsamtes gibt dem Bewerber Gelegenheit zur Stellungnahme. Stellt er fest, dass ein Täuschungsversuch vorliegt, schließt er den Bewerber vom Verfahren aus.

Artikel 2

Die Änderungssatzung tritt am Tage nach der Veröffentlichung in den amtlichen Bekanntmachungen der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg in Kraft.

Ludwigsburg, den 30.07.2019

Prof. Dr. Martin Fix
Rektor

Ludwigsburg, den 30.07.2019

Prof. Dr. N. Collmar
Rektor